

Stelle bei  
Arbeits-  
tal  
ern Nr. 693  
28 Lehrstellen  
nten  
se!  
er  
SKOP  
end u. Sonntag  
LL  
und 13  
hof-Loschwitz  
40 125  
nen, Pirm  
nntag  
allschau  
großer schau  
en / Kegeln  
Eckert und Fru  
restaurant  
iter-Sportler  
u. Frau, Dem  
Blick  
des Pirm  
ab 9 1/2 Uhr  
er Ball  
ische Unterhalt  
rtung  
aldan und Frau  
Börse, Pirm  
c, gemutlicher  
alt  
rwin Riedel  
am Brauer  
eine Lokabier  
ich, Reichenber  
Am Weinberg  
Gast- und Verke  
verkehr  
Hans Radob  
"Anfangung"  
N.  
Neue Revolving  
und Verordnunge  
at Müller von 192  
Aktionen  
Buchbindere  
rembern  
biologisch  
burgt  
hali  
en  
ndlich  
ahl bietet  
eitung  
2/3003

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (incl. Post) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (Jahresbezug 24 RM.) für die Familienmitglieder und Bekannte an den dreiwöchigen Zeit einer Zeitung 1.50 RM. Die Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung an den dreiwöchigen Zeit einer Zeitung 1.50 RM. Die Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung an den dreiwöchigen Zeit einer Zeitung 1.50 RM. Die Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung an den dreiwöchigen Zeit einer Zeitung 1.50 RM.

3. Jahrgang      Sonnabend, den 8. Oktober 1927      Nummer 236

## Verstärkter Katosowski-Konflikt

Frankreich fordert die sofortige Abberufung / Zusammenkunft Briand, Chamberlain und Jolefi / Neuer Balkankonflikt

### Die Abberufungs-Note übergeben

Paris, 7. Oktober. Wie der Petit Parisien mitteilt, ist die französische Note, in der die Abberufung Katosowski verlangt wird, heute nachmittag durch den französischen Botschafter in Moskau, Gerbette, dem Außenkommissar Tschicherin überreicht worden.

Nach den vorliegenden Meldungen fordert Frankreich die Rückberufung Katosowski mit der Begründung, daß dies im Interesse der Aufrechterhaltung der normalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und im Interesse einer wirksamen Wiederaufnahme der Verhandlungen notwendig sei. Katosowski solle durch einen anderen Vertreter ersetzt werden. In Wirklichkeit handelt es sich um das Treiben der französischen Großindustrie. Die Rechts- und Presse entfacht eine tolle Heiße, in der sie Katosowski die Schuld an den Marinemunterungen zuschreibt. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß das Angebot der Sowjetregierung, die Renten zu zahlen, die Keinen Später an die Seite Katosowski gebracht hat. Nun werden von den Vertretern der französischen Regierung die Verhandlungen so geführt, daß diese zu Scheitern drohen. Mit der Entsendung Katosowski will man dem Prestige der Sowjetunion nun einen Schlag verfehlen, um gleichzeitig bei den kleinen Bauern und Rentnern die Ansicht zu verbreiten, Rußland störe durch seine „Treibereien“ in der Armees und Flotte die ruhige Entwicklung und den Aufbau Frankreichs. Heute soll in Paris ein Ministerrat stattfinden, der sich mit den russisch-französischen Beziehungen beschäftigt und sich mit den Neuterieren in der Marine befaßt. Der Vorstoß der Rechte wird nach diesem Ministerrat ohne Zweifel verstärkt werden.

Die unmittelbaren Gründe für den neuen Vorstoß sind vor allem in innenpolitischen Verhältnissen der französischen Rechte zu suchen. Die feste Haltung der Sowjetregierung hat die französische Rechte ermutigt, Selbst solche Blätter, wie das „Deuxieme“, das Blatt der Casinogruppe, dem rechten Flügel der Kleinbürgerlichen Radikalen, stellen nach dem Interview Tschicherins mit Genehmigung fest, daß Tschicherin die französische Regierung in eine peinliche und ziemlich schwer zu behandelnde Verlegenheit gebracht habe. Der sozialistische „Populaire“ sagte wörtlich: „Endlich sehen wir Klar; also Rußland will Katosowski nicht abberufen, weil der französische Botschafter

in Moskau selbst nach einer lokalen Auseinandersetzung mit Tschicherin den Zwischenfall Katosowski als geschlossen erklären mußte, und weil die russische Regierung sich nicht einer reaktionären Pressekampagne beugen will, deren offensichtlich Ziel es ist, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen herbeizuführen. Jetzt muß unsere Regierung klar und unmissverständlich sprechen. Sie kann gegen Rußland und gegen Katosowski nur vorgehen, wenn sie sich öffentlich mit der reaktionären Pressekampagne solidarisch erklärt, wenn sie offen zugibt, daß sie „das Kabinett der nationalen Einheit“, die allgemeinen Interessen der Franzosen, den Sonderinteressen einiger Großkapitalisten opfert“. Diese verhältnismäßig feste Haltung der französischen Kleinbürgerpartei beweist, daß die Haltung der Sowjetunion eine breite Aktion in den Mittelschichten gefunden hat. Das gibt auch die reaktionäre Presse indirekt zu, wenn sie als Hauptanlaß zu dem neuen Vorstoß gegen Katosowski dessen „Infortitheit“ bezeichnet. Die letzten Vorklässe in der Schuldenregelung „gegen jeden diplomatischen Brauch“ sofort veröffentlicht zu haben, Katosowski sei als Kollaborator des Bolschewismus aufgetreten und habe keine Rolle als Diplomat ausgespielt, indem er über den Kopf der französischen Regierung hinweg durch diese Veröffentlichung sich direkt an die Wähler der russischen Fortschrittlichen gemandt habe.

Die neuerliche Zuspitzung des Konfliktes wird also zu großen innerfranzösischen Auseinandersetzungen führen, wenn die französische Rechte ihre Heiße weitertreibt. Bei der gegenwärtigen Lage in Frankreich kann die kommende Auseinandersetzung von der größten Tragweite werden. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß auch außenpolitisch eine drohende Verschärfung der französisch-russischen Beziehungen nicht ausgeschlossen ist. Die Poincaré-Deute werden ebenso wie die englischen Dillards zu Provokationen anbrängt, die so wenig vorzuziehen sind, wie der Kros-Einbruch nach der allgemeinen Lage vorzuziehen war.

### Das Kriegstreiber-Trio in Paris

Der englische Außenminister Chamberlain und der polnische Außenminister Jolefi sind nach Paris gefahren und haben dort Unterredungen mit Briand. Diese Tatsache zeigt den Ernst des Schrittes der französischen Regierung gegen Rußland. Chamberlain und Briand werden die russischen Beziehungen besprechen. Chamberlain wird zum Gegenstoß gegen den Vorstoß Rußlands auf ein Abkommen zwischen Frankreich und Rußland, auf einen Garantievertrag für Polen auszuholen. Ein Gegenstand der Besprechungen wird auch der russisch-polnische Vertrag sein, der die Pläne Englands auf dem Balkan stört. Chamberlain äußerte sich den Journalisten gegenüber über seine letzten Genfer Eindrücke. Es ist klar, daß Chamberlain die Gelegenheit benutzen will, um die auf der letzten Genfer Konferenz zum Ausdruck gekommenen Differenzen auszugleichen, eine Front gegen Rußland herzustellen. Man wird nicht fehl gehen, wenn man diese Pariser Besprechung als eine Vorbereitung für die Novemberkonferenz ansieht. Nachdem Chamberlain in Spanien die Rette gegen Rußland um ein Glied vermerkt hat, soll jetzt die entscheidende Vorbereitung in Frankreich getroffen werden. England führt eine Gegenaktion gegen den Perlenvertrag, gegen das Angebot der Garantierung der Grenzen Polens. Zu diesem Zwecke hat man Jolefi mit nach Paris geholt. Bekanntlich lehnt England einer polnischen Grenzgarantie auf der letzten Völkerbundstagung starren Widerstand entgegen, einmal weil hier die Frage der Führung im Europablock stand, und zweitens, weil England Deutschland binden wollte. Auf dieser Ministerkonferenz wird man versuchen, diese Frage zu regeln. England kann dabei einen starken Druck auf Polen ausüben, weil dieses eine Anleihe von England benötigt. Polen wird das Angebot Rußlands annehmen. Jedoch ist die grundsätzliche Haltung Polens eine erbitterte Feindschaft gegen Sowjetrußland. Dann kommt hinzu, der Abschluß des Garantievertrages zwischen Polen und Rußland hängt von der Haltung Frankreichs ab.

Die Konferenz der drei Minister in Paris verfolgt nur den Zweck, eine gemeinsame Front gegen Sowjetrußland zu schaffen. England wird das Anleihenverbot Polens ausnutzen, um dieses in ungeschicklichen an Vitanen zu veranlassen, damit Vitanen selber an den Antragslandblock gebunden wird. So sind diese Verhandlungen ein neuer ernster Schritt auf dem Wege zum Krieg gegen Sowjetrußland. Sie rufen den imperialistischen

Krieg näher heran, als einen weiteren Schritt zum Kriege müssen sie von den Arbeitern bewertet werden.

Man muß diese Ereignisse in Verbindung bringen mit dem ungarischen Vorstoß zur Orientierung auf die Palaeologue-Note. Den Versuch, einen ungarisch-polnisch-rumänischen Block gegen die Sowjetunion herzustellen. Ungarn will die Revision des Vertrags von Trianon. In einer Unterredung der Vertreter der Delegation mit Tibor Eckhardt erklärte dieser über den Zweck des Vorstoßes unter anderem:

„So bedeutet der Weg durch Frankreich, Polen, Rumänien, Ungarn als natürliche Front gegen den Bolschewismus im Dienste der französisch-englischen Entente ein naturgegebenes Regiment, und so mußte der Welt endlich klar gemacht werden, daß Frankreichs Interessen von denen Ungarns nicht nur nicht verschieden, sondern gemeinsame sind.“

Die Kriegstreiberengelen Englands gegen die Sowjetunion nehmen ein bedrohliches Stadium an.

Die Arbeiterschaft darf nicht zusehen, sie muß ernsthaft und aktiv die Schritte zur Gegenwehr einleiten.

### Zerung der Schulreaktionäre

Gestern trat in Dresden der deutsch-nationale Lehrertag Deutschlands zusammen. Graf Raitzsch, der Präsident des Reichslandsbundes, sprach sich in seinem Referat über Schule und Landwirtschaft dahingehend aus, daß man „auf keinen Fall in der Schule den Gedanken der Erziehung hinter den der Bildung stellen sollte, denn die fehlende Heereserziehung müßte sich irgendwie ersetzen. Auch die religiöse Unterweisung unserer Jugend sei unentbehrlich“. Über Schule und Industrie“ sprach der Bergwerksdirektor Dr. Kademacher. Kyber einer guten Schulbildung der Arbeiter (natürlich zum Zweck der besseren Ausbeutung) müßte die Schule natürlich auch die Erziehung zur Disziplin und Ordnung übernehmen, ohne die ein großes Wirtschaftsunternehmen nie gedeihen kann.

### Zum Bezirksparteitag

Von Erich Meißner

Der Reichsparteitag in Essen und unser Bezirksparteitag im Februar dieses Jahres beschäftigten sich eingehend mit der Wirtschaftslage. Seit diesen Tagungen zeigt die Politik des Arbeiterblocks — ganz wie von uns vorausgesehen wurde — ein härteres Tempo im Verleeren der letzten Positionen, die von der Arbeiterklasse und den wertvollen Mittelschichten noch gehalten werden. Ist die Heiligt-Regierung nichts anderes als das ausführende Organ der sächsischen Industrieellen, so ist die Reichsregierung am treffendsten charakterisiert, wenn wir sie als eine Vertretung des Trust- und Agrar-Kapitals, verbündet mit den Schwarzlügen im Lager des Zentrums, ansprechen. Der Preis des Handelsgeschäfts, das Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Wirtschaftspartei und Demokraten abgeschlossen haben, ist: Stärkung des neubourgeois Imperialismus mit allen Mitteln auf Kosten der Arbeiter und der wertvollen Mittelschichten. Der Preisanteil der Arbeiter an diesem Geschäft ist zwar verschwindend. Während die Deutschnationalen im Interesse der Gutsbesitzer durch Wucherzölle auch den letzten Pfennig Brot verteuern, erstreben die Deutsche Volkspartei und die Demokraten die Vertreibung der hauptsächlichsten Industrien und damit die Preisbiktatur und Ausraubung der Verbraucher. Für die Heiligtienste des Zentrums bei diesem reaktionären Tun räumt das Trust- und Agrarkapital dem Zentrum durch das geplante Reichsstaatsgesetz stärkeren Einfluß der Kirche auf die Schule und durch das in Vorbereitung befindliche Konfessions der Kirche wirtschaftliche Vorteile im Staate ein. Die Sozialdemokratie hat bei diesem, die Arbeiterbewegung schwer schädigenden Werk keine von den Machern des Bürgerblocks ernst zu nehmende Gegenwehr bekundet, sondern in allen Fragen nur Scheinopposition den arbeitenden Massen vorgepiegelt. Diese Behauptung läßt sich unzählige Male durch praktische Beispiele belegen. Erinnern wir in diesem Zusammenhang nur daran, daß die Sozialdemokratie die Außenpolitik, die Streikemann mit den Deutschnationalen machte, als ihre eigene reklamierte. Erinnert sei daran, daß der Reichsverband der deutschen Industrie, das ist die Spitzenorganisation der deutschen Unternehmerverbände, mit dessen politischer Vertretung die SPD in Preußen Koalitionspolitik macht, seit ihrer in Dresden 1926 abgehaltenen Tagung mit gelben Werks-Gemeinschaften experimentierte, zu dem Zweck, die Sowjets schon mehr als jähnen reformistischen Gewerkschaftspolitiken von jeder Mitwirkung bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschließen. Erinnert sei auch daran, daß Hilferding auf dem Kieler Parteitage es fertig brachte, von einer steigenden Einkunftssteuern, „Zerlegung und Beherrschung der Wirtschaft im allgemeinem Interesse“ durch die Arbeiter zu sprechen. Die längst abgehaltene Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Frankfurt hat ihren seit Dresden gesteueren Kurs nach der Berliner Wirtenschaft wie folgt verschärft: Nicht was die Gewerkschaften für richtig halten, nicht was die verschiedenen Parteien als wünschenswert ausgeben... kann für den Reichsverband im geringsten in Frage kommen, sondern lediglich die Antwort auf die Frage: Was ist wirtschaftlich richtig, um die deutsche Wirtschaft auf die größtmögliche Höhe zu bringen? Eindeutige Antwort gaben die Beschlüsse der Industriellentagung in Frankfurt. Sie wollen der vollständigen Vertreibung der Hauptindustrien die Wege ebnen, Senkung der Unternehmenssteuern und weiterer Ausbau der Sozialpolitik ist, was sie verlangen. Denen, die den Sozialdemokraten als Redakteure wichtiger Gewerkschaftsorgane die Kartellpläne der Industriellen als Schritte „auf dem Wege zum Kollektivismus“ („Der Proletarier“ vom 17. 9. 27) begrüßt. „Der Textilarbeiter“ ging in seiner Nummer vom 18. September 1927 noch weiter. Er verlangt, daß „die innere Kraft des deutschen Arbeiters in Arbeitsenergie umgewandelt wird“, um den Vorprung der rationalisierten deutschen vor den noch nicht rationalisierten Industrien Englands, Frankreichs, Italiens, Rußlands usw. zu erhalten.

Doch der Zwangsläufigkeit der Entwicklung ist auch die herrschende Klasse unterworfen. Der Kampf der imperialistischen Mächte untereinander um den günstigen Anteil am Weltmarkt und an den Rohstoffquellen verschärft sich zusehends. Die Vergrößerung der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der durch die geklunne Kaufkraft immer enger werdende Markt deuten eine neue Krise an, weil auf die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze hin. Wie recht wir hatten, als wir zu Beginn dieses Jahres von einer relativen (s. h. teilweise und vorübergehenden) Stabilisierung des Kapitalismus sprachen, beweist die erst vor Tagen von der Reichsbank vorgenommene Diskonterhöhung von 6 auf 7 Prozent. Die deutsche Wirtschaft hortet dank der aus dem Ausland, insbesondere aus Amerika kommenden Anleihen. Wir haben also ein es kurz zu nennen, eine ausgeprägte Bumpwirtschaft. Die in Deutschland gegenwärtig herrschende Konjunkturlage ist demzufolge nur als Episode anzuspüren.



Außenpolitische Wochenschau

Hindenburgrummel. — Frankreich und der Kommunismus. — Englands Kontinentalpolitik. — Ferner Osten. — Mexiko.

Der große Hindenburgrummel war nicht nur ein innenpolitischer Aufmarsch...

fürder ist, hat man ihm in der Tanagerfrage gelinde Daumen...

Ebenso wie in Spanien vermeiden die englischen Imperialisten...

So ergibt es nicht nur dem kleinen Ungarn und dem auch nicht...

Während der englische Imperialismus sich mit dem Ausbau...

In China entwickelt sich der Claquekampfd der Generale...

Der amerikanische Imperialismus, der sicher auch in China...

Die französisch-russische Krise, die in der Hauptsache eine...

Nach einer sehr ernste Sache gibt der französischen Bourgeoisie...

Englands Politik konzentriert sich momentan offenbar darauf...

Die sächsische Regierung und die sächsischen Kinderkrippen

Die kommunistische Landtagsfraktion hat angefordert...

Bei dem Ausbruch der Epidemie von spinaler Kinderlähmung...

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die schuldigen Beamten...

Die Krankheit hat bei den erkrankten Kindern zu Lähmungserscheinungen...

Dresden, am 4. Oktober 1927.

Die sächsische Ausführungsverordnung zum Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Die sächsische Regierung hat zum Gesetz zur Bekämpfung der...

Die sächsische Regierung veröffentlicht im Sächsischen Gesetzsblatt...

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen...

- 1. Die oberste Landesbehörde sorgt für eine ausreichende Anzahl von Beratungsstellen...

Dresden, am 4. Oktober 1927.

Ein Monsterprozess in Rom

In der nächsten Woche beginnt vor dem Ausnahmegericht in Rom ein Prozess...

Hintergrund des Prozesses ist das Bologna Attentat auf Mussolini...

Mit diesen Deputierten haben auch mehrere Kommunisten unter der...

Erlaß des Ausnahmegesetzes fällt, d. h. dem Ausnahmegesetz wird rückwirkende Kraft verliehen...

Die wirtschaftliche Krise Italiens, die wachsende Unruhe unter der...

Die Angeklagten befinden sich, wie man aus zuverlässigen Quellen...

Die Verzögerung des Junkersfluges

Schlechtes Wetter bei den Azoren. Berlin, 8. Okt. (U.) Nach dem heutigen Wetterbericht...

Dampferzusammenstoß vor dem Rotterdammer Hafen

Amsterdam, 7. Okt. (U.) In der Einfahrt zum Rotterdammer Hafen...



Les die Arbeiterstimme!

Vertical text on the left margin: Kist, gefest werden, sind durch Jugoslavien, erst gefährliche, verjäre, überfielen, in Sofia, am 4. Oktober, 7. Oktober, an England, Bettina, im Osten, Drahtmeldung, eingetauscht, Konflikt durch, wurden, nach Schwab, in die, Drahtmeldung, am 8. Oktober, Drahtmeldung, an der, die Zahl, in der, ins, der, des...

# Wohnungspolitik und Wohnungsbau in der U.S.S.R.

Die Wohnungsnot in der U.S.S.R. gehört zu den Fragen, mit denen die Sozialdemokraten und andere Feinde der proletarischen Diktatur gern operieren, um die Arbeiter vor der Revolution abzulenken zu machen. Gewiß, die Wohnungsnot, eine Nachkriegserfindung in allen europäischen Ländern, ist auch in der Sowjetunion stark spürbar. In Deutschland fehlt heute noch eine Million Wohnungen. Die Ausländer, die die Sowjetunion besuchen, bleiben meistens in Moskau, wo die Wohnungsnot begrifflicherweise viel stärker ist als in den übrigen Teilen der Union. Moskau war unter dem Zarismus nicht die Hauptstadt. Nach Übertragung des Verwaltungszentrums nach Moskau mußten alle Regierungsämter untergebracht werden. Dazu kommt, daß Moskau von Jahr zu Jahr einen starken Bevölkerungszuwachs aufweist, wie ihn keine Großstadt Europas kennt. Die Wohnungsverhältnisse Moskaus sind also für die U.S.S.R. nicht maßgebend. Aber auch für die anderen Industriezentren ist die Wohnungsfrage ein Problem, an dem gearbeitet wird. Gerade auf der letzten Tagung des Plenums des Zentralkomitees und der Gesamtkontrollkommission der kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde unser den schwachen Punkten des sozialistischen Aufbaus der mangelnde Wohnungsbau genannt.

Wenn die Wohnungsfrage der Sowjetunion noch nicht das erreicht hat, was sich die sozialistische Regierung zum Ziel setzt, so ist nicht zu vergessen, daß der ganzen Wohnungspolitik der Sowjetmacht ganz andere Prinzipien zugrunde liegen als in den kapitalistischen Staaten.

## Die Wohnungsrevolution

Bereits in den ersten Wochen nach der Machteroberung durch das Proletariat im Oktober 1917 wurde von der Sowjetregierung ein Dekret herausgegeben, laut dem den Sowjets der Städte das Recht gegeben wurde, Arbeitern Wohnungen der Bourgeoisie zuzuwiesen. Die Bourgeoisie sowie andere nichtproletarische Elemente durften laut Gesetz ermittelt werden, ihre Wohnfläche konnte durch Einquartierung Dritter beschränkt werden. Das war die sogenannte "Verbidnina" ("Abkürzung") der bürgerlichen Wohnungen, die ein solches Geschäft in den kapitalistischen Staaten hervorgerufen hat. Proleten, die ihr Leben in dunklen Kellerkloaken und elenden Behausungen lampiert hatten, wurden in die zehn- und zwölftürmigen Wohnungen und Villen der Reichen umgesiedelt. Freilich, diese neuen Wohnungen entsprachen auch nicht dem Ideal eines proletarischen Wohnens. Die Salons und Voudoirs wurden in Schlaf- und Wohnzimmer verwandelt; es fehlte aber an Küchen und Zubehör. Mehrere Familien mußten sich in der "aufgetrennten" Wohnung mit der gemeinsamen Küche und Toilette begnügen — ein Mißstand, der jetzt noch in vielen Häusern in Moskau anzutreffen ist.

Laut Dekret wurde den Sowjets ebenfalls das Recht der Konfiszierung des privaten Hausbesitzes verliehen. Neun Monate später, am 20. August 1918, wurde ein weiteres Gesetz über die Beschlagnahme aller städtischen Hausbesitzungen im Werte von über 10.000 Rubel und Übergabe derselben in die Verwaltung der Sowjets veröffentlicht. Über die Hälfte der beschlagnahmten Wohnfläche wurde den Mietern selbst zur genossenschaftlichen Verwaltung (Mietgenossenschaft) überlassen. Mit dem Neubau konnte natürlich erst nach Beendigung des Bürgerkrieges und dem Einsetzen des wirtschaftlichen Aufschwungs begonnen werden. In den Jahren 1924/26 wurden Häuser, die über eine Million Personen beherbergten, niedrigergerissen und durch neue ersetzt. Ein Teil dieser Häuser wurde von den Arbeiter-Wohnungsgenossenschaften mit Hilfe der vom Staat gewährten langfristigen Darlehen erbaut.

Die Folgen der Wohnungsrevolution mochten sich bald bemerkbar machen. Die Sterblichkeitsziffer in den Großstädten der Sowjetunion war im Jahre 1926 um 50 Prozent geringer als in der Vorkriegszeit. So gab es in Moskau vor der Revolution jährlich etwa 30 Sterbefälle pro 1000 Einwohner, heute sind es nur noch 15.

## Proletarische Wohnungspolitik

Die Folge der revolutionären Neuverteilung der Wohnfläche war, daß die Wohnfläche im Durchschnitt pro Kopf der Arbeiterbevölkerung nach der Revolution um 50 Prozent zugenommen hat. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Wohnfläche der nichtproletarischen Bevölkerung pro Kopf um ein Drittel zurückgegangen. Vor der Revolution entfiel auf den Kopf der nichtproletarischen Bevölkerung zweieinhalbmal soviel Wohnfläche als auf den Kopf der Arbeiterbevölkerung. Daher die vielen Klagen der Köp-Leute und der besser situierten Intellektuellen über die schlechten Wohnungsverhältnisse im Vergleich zur vorrevolutionären Zeit.

Es hat sich gegenwärtig nicht nur ein Ausgleich der Wohnfläche pro Kopf der Arbeiter (und dadurch eine Hebung der Lebensverhältnisse des Proletariats) vollzogen, sondern auch qualitativ ist eine Besserung der proletarischen Wohnungsverhältnisse eingetreten. Diese letztere wurde erzielt: 1. durch die Uebersiedelung der Arbeiter in bessere Wohnungen, in denen früher die Bourgeoisie gewohnt hatte; 2. durch die genossenschaftliche Verwaltung der konfiszieren Häuser, die zu einer größeren Veranschaulichung der proletarischen Wohnbedürfnisse führte; 3. durch das Bestreben der städtischen Sowjets, die an Stelle der früheren bürgerlichen Stadtverwaltungen traten, die sanitären und hygienischen Verhältnisse in erster Linie in den Arbeitervierteln zu heben. Elektrifizierung, Kanalisation, Wasserleitungen usw. — Einrichtungen, die in

den Arbeitervierteln vieler russischer Industriestädte, ganz zu schweigen vom Lande, absolut unbekannt waren —, werden von den Organen der Sowjetregierung neuangelegt.

Ein typisches Beispiel für die Neuordnung der Dinge bietet Moskau mit seiner Zwei-Millionen-Bevölkerung, die zur Hälfte aus proletarischen Elementen und zur anderen Hälfte aus Angehörigen der Bourgeoisie besteht. Vor der Revolution hatte weniger als ein Viertel der Arbeiterbevölkerung Wohnungen mit Wasserleitung, ein noch geringerer Teil Wohnungen mit Kanalisation, ein verschwindend kleiner Teil mit elektrischem Licht, und es gab fast gar keine Arbeiterwohnungen mit Zentralheizung. Gegenwärtig wohnen über zwei Drittel



Neue Arbeiterwohnungen in Moskau

der proletarischen Bevölkerung Moskaus in Wohnungen mit Elektrizität und Wasserleitung, etwa die Hälfte in Wohnungen mit Kanalisation und ein Viertel der Arbeiterwohnungen ist bereits mit Zentralheizung versehen.

## Die Wohnungsverwaltung

In den Jahren des Kriegskommunismus, als der Bürgerkrieg die Zentralisierung der gesamten Staats- und Wirtschaftsverwaltung erforderte, war auch das Wohnungsmanagement unmittelbar dem lokalen Sowjet untergeordnet. Nach Beendigung des Bürgerkriegs und der Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens ist die Politik der Sowjetmacht auf dem Gebiete des Wohnungswesens die gleiche wie auch in der gesamten Volkswirtschaft: größtmögliche Entlastung der Werktätigen der Wirtschaft, größtmögliche Heranziehung der Werktätigen zur Wirtschaftsverwaltung. In immer größerem Umfange wird die Hausverwaltung von den städtischen Sowjets unmittelbar den Wohnungsinhabern übertragen in Form von Kollektiv-Genossenschaften der werktätigen Mieter. Den Organen der Kommunalverwaltung verbleibt nur die allgemeine Kontrolle des Wohnungswesens.

In unmittelbarer Nähe der Kommunalverwaltung befinden sich etwa 30 Prozent aller Häuser des kommunalen Wohnungsfonds. 70 Prozent desselben befinden sich in der Hand der Wohnungsgenossenschaften und zum kleineren Teil in den Händen von Anhalten, die im Mietverhältnis zu der Kommunalverwaltung stehen.

1923 gab es nur in Moskau, Leningrad und einigen Städten der Ukraine Mietergenossenschaften. Heute gibt es solche in allen Gouvernements- und zahlreichen Bezirksstädten. Mit jedem Jahre erfahren sie einen immer größeren Teil des kommunalen Wohnungsfonds. In Moskau und Leningrad erfassen die Wohnungsgenossenschaften etwa drei Viertel des kommunalen Wohnungsfonds.

In jedem Sinne, das der Stimme gehört, steht den Werktätigen (dieser Begriff deutet sich mit der Wahlberechtigung zu



Arbeiterklub und Speiseshalle einer Textilfabrik in Iwanowo-Wosnessensk

den Sowjets) das Recht zu, eine Mietergenossenschaft zu organisieren. Diese Genossenschaft genießt laut Gesetz das Verfügungsrecht gegenüber der Kommunalverwaltung. Die Genossenschaft packt das Haus auf die Dauer von 5 bis 12 Jahren; der Pachtpreis wird in der Höhe der Amortisation erhoben; Häuser neuem bemittelten Mietern, also mit geringen Einkünften, werden vom Pachtpreis ganz befreit. Die Genossenschaft ist von den Einkommen- und Gebäudesteuer befreit. Die Wohnungsgenossenschaft, die ein Haus in Pacht hat, hat das Recht der selbständigen Verwaltung des Hauses; sie verteilt die Wohnfläche unter den Mietern, sorgt für Reparaturen usw.

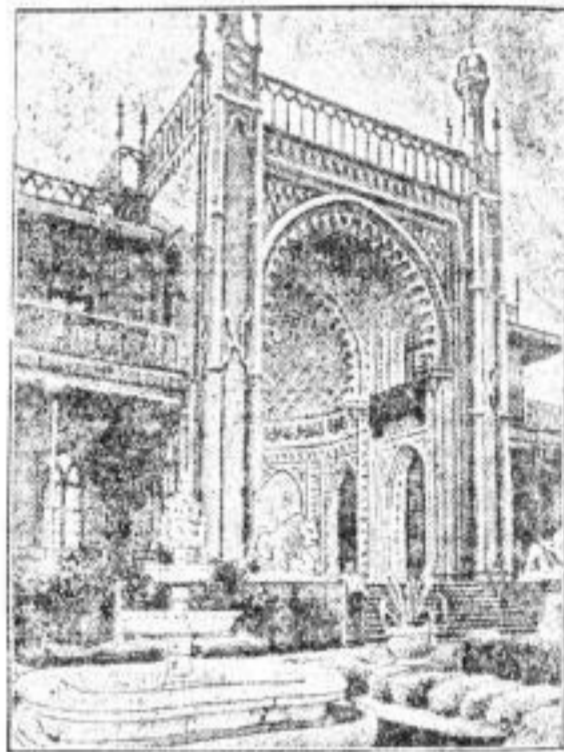
Dieses System der genossenschaftlichen Hausverwaltung für die Werktätigen selbst erfährt bereits viele Tausende von Häusern der Union im Gesamtwert von rund vier Milliarden Rubel. Nur im Sowjetlande ist eine so großartige Rückgewinnung staatlichen Eigentums auf Grund genossenschaftlicher Selbstverwaltung der werktätigen Bevölkerung möglich.

## Der Mietzins

Die unaußersichtliche Steigerung der Mieten, unter der die werktätigen Massen in Deutschland zu leiden haben, macht die Frage besonders aktuell, wie hoch der Mietzins in der Sowjet-

union ist. Der grundlegende Unterschied, der hierbei zwischen dem Sowjetlande und den kapitalistischen Ländern besteht, ist die Staffelung der Mieten nach dem Einkommen. Die Staffelung in der Sowjetunion stellt folgende Grundzüge für die Höhe der Miete auf: Das ganze System des Mietzinses ist aufgebaut ausschließlich auf der Deckung der Selbstkosten der Wohnungen; Haus- und Bodenrente, die in den bürgerlichen Ländern eine starke Belastung der Mieter bedeuten, kommen in Betracht. Es ist eine steigende Mietzinsstaffelung aufgestellt, entsprechend der Zahlungsfähigkeit der Mieter und dem ihnen vom Hause gebotenen Bequemlichkeitswert. Die Miete mit einem Einkommen von 125 bis 155 Rubel monatlich (20 bis 26 Mark) entrichtet einen Mietzins, der den Verwaltungsstellen und der Amortisation des Hauses angemessen ist. Bei höherem Einkommen wird teilweise auch die Verzinsung der Kapitalanlagen gedeckt, wodurch es möglich wird, das Defizit, das durch die niedrigen Mieten der Minderbemittelten entsteht, zu decken. Den Mieter, deren Verdienst 125 Rubel monatlich nicht übersteigt, werden 75 Prozent der Grundmiete gebühren. Arbeiter zahlen eine minimale Miete: 55 Kopfen (0,55 Rubel) pro Quadratmeter monatlich. Das ist eine Miete, von der sich unsere Arbeiterkolonnen in Deutschland allerdings nicht träumen lassen. Dank dem Klassenprinzip des Mietzinses zahlen die Arbeiter der U.S.S.R. mit mittlerem Einkommen 4 bis 5 Rubel Miete monatlich, während er vor der Revolution ebenso viel oder noch mehr für eine elende Schlafstube zahlte. Durchschnittlich beansprucht die Wohnfläche in der Sowjetunion 6 bis 8 Prozent des Arbeitslohnes. Der russische Arbeiter wohnt also nicht nur bedeutend besser als in der Vorkriegszeit, sondern auch bedeutend billiger.

Die Einnahmen aus den Häusern werden in der Weise geregelt, daß die Ueberschüsse, die der Staat zum Beispiel aus den Häusern, die zu Handwerksbetrieben werden, betrieblichen Fonds zufließen, aus denen die Reparaturen für Defizit bringende Häuser gedeckt werden.



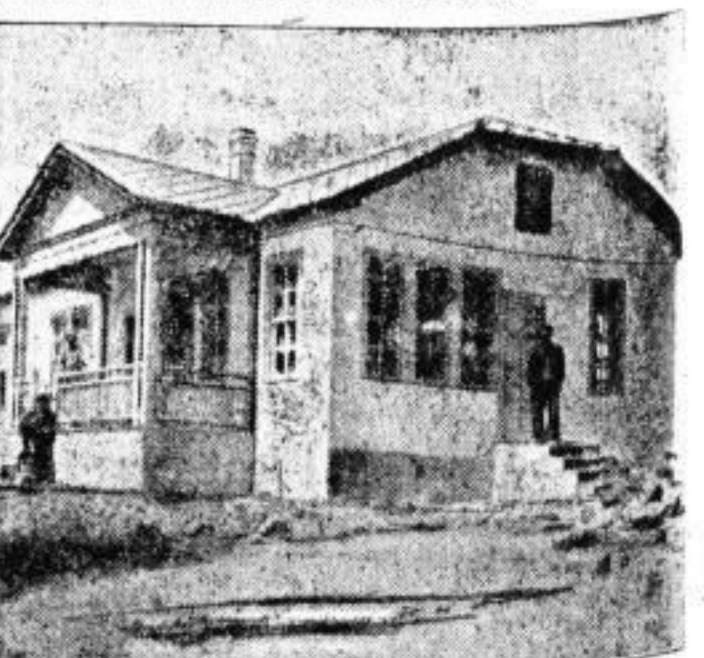
Ein Schloß in der Krim, wo jetzt erholungsbedürftige Arbeiter wohnen

## Wohnungsbau

Mit dem Wohnungsbau konnte erst 1924 im großen Maße begonnen werden. Die Gesamtsumme der für den Wohnungsbau in der Union ausgegebenen Mittel betrug sich 1926 auf 72, 1927 auf 170 Millionen Rubel. Der Wohnungsbau liegt in den Händen: 1. der Staatsindustrie, 2. der Kommunalabteilungen und 3. der Wohnungsgenossenschaften. Billige Einfamilienhäuser werden in der letzten Zeit von Privatunternehmern errichtet; diese Häuser unterliegen der Wohnkontrolle und der Wohnungseigenen des Staates.

Der Wohnungsbau der Industrie besteht vorwiegend aus Siedelungen und Gemeindefachhäusern am Reichsrand der Städte. Die Mitglieder der Wohnungsbau-genossenschaften sind zu 70 Prozent Arbeiter und 30 Prozent Angeheuer. Zur notwendigen Finanzierung des Wohnungsbaus wurde 1925 eine Staatsbank für Wohnungsbau ins Leben gerufen. Die Banktaetigkeit wird in erster Linie in den Industriezentren fortgesetzt.

Schon entstehen in Moskau, in Baku, im Donetzbecken und anderen Industriezentren zu Tausenden neue Arbeiterwohnungen; in seltenen Fällen Mietshäusern des alten Typus, meistens Ein- und Zweifamilienhäuser mit allem Komfort an der Peripherie der Städte. In dem sogenannten fünf-Jahre-Plan der staatlichen Planwirtschaftskommission, der die Perspektiven der weiteren Wirtschaftsentwicklung der U.S.S.R. vorzeichnet, wird u. a. ein großartiger Bauplan für die nächsten Jahre entworfen. Gartenstädte für die arbeitende Bevölkerung sollen das neue Reich der Städte und Arbeitssiedlungen bilden. Die bestreite Arbeit soll auch einen neuen Wohnimpuls schaffen. Die Ausführung dieser Pläne ist noch eine Frage der Zeit, ist eine Frage der Möglichkeit der friedlichen Weiterentwicklung der Sowjetunion.



Einfamilienhaus in der neuerrichteten Siedlung „Montina“ (Bakugebiet)



PIRNA

RICHARD NOACK Braustraße 6 29279

Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren Radhaus Gartenstraße 9 29207

Uhren, Trauringe, Goldwaren Rich. Fischer, Gartenstraße 6 29208

Wäsche, Bekleidung, Breite Straße 17 29205

Zigarrenhandlung Emil Kuchler Breite Straße 8 29204

Konrad Lausckhe Glas, Porzellan, Steingut Breite Straße 1 29203

Uhren und Goldwaren D. Wagner, Breite Straße 10b 29202

Lebensmittel Paul Ziebler, Kommerz Straße 10 29214

Kolonialwaren und Feinkost Arno Hahnwald Kohlenstraße 5 5 Prozent auf alle Waren 29213

Lange & Lausch 29210

Lebensmittel Haußwald, Am Markt 16 29211

Erich Schneider 29207

Fischwaren, Delikatessen, Süßwaren Emil Zschaler 29209

Fleisch- und Wurstwaren Rich. Moal 29208

Haus- und Küchengeräte Jährg & Domschke 29205

Brot- u. Weißbäckerei Alw. Dietrich 29208

32 PAUL WEISS 32 29211

Seifenfabrik Gebr. Melzer, Markt 12 29214

Musikinstrumente u. Noten 29209

Bäckerei u. Konditorei Erhardt Bachmann 29210

Schuhwaren und Reparatur Otto Lehmann 29209

Büchereien / Toilette-Wartikel 29206

Nähmaschinen, Fahrräder 29207

Markt-Drogerie 29203

Leder 29208

Kolonialwaren / Tabakpfeifen 29210

Musik Noack Mollkestraße 29210

Zum Odisenkopf 29209

Wurst- u. Aufschnittwaren 29209

Cigarren-Grünert 29209

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 29209

Fleisch- und Wurstwaren 29209

PIRNA COPITZ

„Grundstänke“ 29206

29201

29200

29207

29204

Fleisch- und Wurstwaren 29209

KOLONIALWAREN 29208

Schokoladen / Kaffee 29209

A. Mehlhorn 29200

Brot- und Feinbäckerei 29209

KOLONIALWAREN 29202

29215

29203

29201

29207

KOLONIALWAREN 29208

Schuhwaren 29201

Fleisch- u. Wurstwaren 29202

Fahrräder / Nähmaschinen 29203

29209

Bäckerei und Café 29201

KOLONIALWAREN 29208

Holz / Kohlen / Briketts 29201

Bierhandlung 29201

29209

SEBNITZ

Schulhaus Alfred Rögler 29280

MARTA RÖSNER 29281

ALOIS DUCKE 29282

Rosenschlächterei Arthur Pleisch 29283

Fritz Boer 29284

Friedrich Schade & Sohn 29285

F. ZINKE 29286

Job. Schubert 29287

CAMILLO KAHLE 29276

AUGUST TAMMER 29277

Carl Scheunig 29278

Fritz Spillner 29279

Eduard Zhiel 29288

Arthur Röhlig 29289

Ost. Paulick 29290

29291

29203

Emil Hohlheid 29204

Richard Heße 29205

Vogeländische Musik-Zentrale 29206

Karl Hohlheid 29207

Otto Kadner 29208

Arthur Ebert 29209

Schuh- und Sportwaren 29210

Hermann Zinstein 29400

29401

29402

29403

29404

29405

29406

29407

29408

ROBERT BOHME 29201

Jos. Tuma 29201

Gustav Pöche 29201

BRUNO ROLLIG 29201

29201

29201

29201

29201

29201

HEIDENAU

Ratskeller Heidenau 29214

Rats-Drogerie 29217

Eisenwaren 29218

Königs-Drogerie 29219

DOHNA i. Sa.

Kolonial-, Grün- u. Fischwaren 29220

Schubert & Dietrich 29221

Fertige Mäntel 29222

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 29223

Dresden Klein-Zschachwitz

Milch- u. Butterhandlung 29224

LOCKWITZ b. Dresden 29225

Emmrich's Gasthaus 29226

Kolonialwaren / Zabaflwaren 29227

29228

29229

29230

29231

29232

LUGA-GOMMERN

Brot- und Weißbäckerei 29233

NIEDERSEDLITZ LUGA 29234

BRAND ERBSIDORF 29235

29236

29237

29238

29239

29240

29241

RABENAU

PAUL RITTER 29242

Max Zimmermann 29243

29244

29245

29246

29247

29248

29249

29250

GITTERSEE

29251

Konfektion, Schuh- 29252

DIPPOLDISWALDE 29253

Hugo Hickmann 29254

29255

29256

29257

29258

29259









### Ämliche Bekanntmachungen

**Freital**  
Die für den Stadtbürgerverein ausgewählte Kommission aus Geschmornen-Mitgliedern hat während der Dienststunden vom 10. bis 15. Oktober dieses Jahres im Wahl- und Versammlungszimmer Nr. 6, Stadteil Freital-Deuben, zu jedermanns Einlicht aus.  
Innerhalb dieser einwöchigen Frist kann Einspruch gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Liste schriftlich oder zu Protokoll im Wahl- und Versammlungszimmer erhoben werden.  
Nat der Stadt Freital, am 5. Oktober 1927.

### Strassenperrung

Wegen Ausführung von Beschleunigungsarbeiten wird die Goldener Straße von der Bahnhüterführung bis zur Einmündung der Breiten Straße gesperrt. Der Fahrverkehr wird über die Breiten und Breite Straße verwehien.  
Nat der Stadt Freital, am 7. Oktober 1927.

### Alg.m. Konsumverein Ebersbach und Umg.

e. o. m. b. i.

Sonnabend, den 22. Oktober 1927, 19,30 Uhr, im Hotel Kretscham, Ebersbach (großer Saal)

### Ordentl. Generalversammlung

#### Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht 1-26/27
  2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes
  3. Vortrag des Revisionsberichts
  4. Wahlen: a) Vorstand, b) Aufsichtsrat
  5. Festsetzung der Höhe der Sparsparlagen
  6. Finanzanträge
  7. Genossenschaftliches
- Anträge müssen bis 14. Oktober schriftlich im Kontor eingereicht werden.

Der Aufsichtsrat  
Max Dreßler, Vorsitzender

### Tuchhaus Pörschel

Schiffelstraße 21  
Herrenstoffe - Damenstoffe - Futterstoffe  
Bekannt für beste Bedienung

Verlangt überall nur

### Flaschenbiere

OSKAR FUHRMANN  
DRESDEN-LÖBTAU, Stollestraße 24  
Fernsprecher 29425  
Bierhandlung



### Der Schuh für empfindliche Füße

Schnürschuhe | 8.50  
Spangenschuhe | 8.50  
Schuh - Oestreich  
Dresden

Jahnstraße 5, am Wettiner-Bahnhof,  
Königsbrücker Str. 3b, am Albertplatz,  
Frauenstraße, Ecke Schösserg., o. Altmarkt



### Umsonst

nicht, aber unter Ausschaltung des Zwischenhandels mit geringem Nutzen, da große Umsätze, liefern wir als Spezialität mit konzentrischen Freilagern und verstärkten Rohren, mit 3 Jahren Garantie, auf

### Abzahlung bei bequemen Raten.

Fahrrad-Fabrik **Fahrradhaus Frisch** auf  
Unternehmen des Arb.-Radl.-B. Solidarität mit 19 Filialen im Reich  
Filiale Dresden: **Könneritzstr. 17** Telefon 23277  
Verlangen Sie unsere neueste illustrierte Liste gratis u. franko

Spezialdruck: Plakate

### Die Peuvag druckt alles

Dresden-A. Güterbahnhofstraße

### Dresdener Volksbühne E. V.

### 1. Sinfonie-Konzert

Nächsten Mittwoch, 12. Okt., 20 Uhr, Gewerbehäus  
Pflanzgartenstraße Nr. 1-500 und Arsenal A.  
Die Konzertgastspiele nahen noch die drei Konzerte  
Gültigkeit  
Leitung: Eduard Mörke  
Soloisten: Dresdener Philharmonie  
Mitwirkend: Hermann Pilleay, Köln (Klavier)  
1. Bach, Suite für Orchester I. Violinen S. Goldner  
2. Beethoven, Violin-Konk. für 1. Violin  
3. Max Reger, Variationen über ein Thema von Bach für  
Klavier und Orchester, bearbeitet von H. Pilleay (Orchester)  
4. Brahms, Sinfonie Nr. 1 C-Moll  
Konzertkapelle Streicher & Basse Hamburg, Alleinvertr. Richard  
St. Jannig, Johann-Bambas-Akademie 23

Die zum Konzert ausserordentlich Mitglieder werden ersucht, diese  
Konzerte zu besuchen. Jeder Konzertbesucher hat nicht ausser  
gewöhnliche Mi. Tickets zu 1.00 M. nur in der Abendkasse. Karten  
für Nicht-Mitglieder zu 2.- M. bei F. Ries, Hauptstr. 21 und in der  
Abendkasse, Mitglieder-Tickets, bei den Theater-Kassierern.  
Anweisung an der Abendkasse Gültigkeit bis 15.10.

### Die Berufsberatungsstelle bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis Freital

Lange Straße 19 Fernruf Nr. 695  
hat für sofort und für Ostern 1928 Lehrstellen zu vergeben als

Schlosser  
Dreher  
Formner  
Müller  
Stuhlbauer  
Polierer  
Raufmann  
Verfasser  
Monteurin

### Werbt neue Abonnenten

Georg Hecker  
Fleischmeister  
Augsburner  
Straße 64

### Trinkt einheimische Erzeugnisse!

Dresdner Felsenkeller Pilsner  
Reisewitzer Löwenbier

Wart ihr mitte kaufen,  
Müßi zu **Pimsler** laufen  
Dort kann man sich noch preiswert und schnell in von Altersschritten weiß gefessert  
**Monatgarderobe**  
sowie neuer Garderobe einlecken  
Rockaletots elegant, in allen Preislagen  
Schwedenmäntel sauber gearbeitet  
Anzüge 35, 45, 55, 65, 18  
Hosen 15, 11, 9, 7, 5 M.  
Gummimantel und Windjacken preiswert in großer Auswahl  
**27 Pimsler 27**  
Dresden  
Landhausstraße  
nicht dem Pirnaischen Platz  
Bämtliche Straßenbahnhöfen  
Können auch langsam geh'n  
Pimsler nicht bestehn

### Gasthof Birkiel

Sonntag, den 9. Oktober 1927

die allberühmte  
**Oberbayerische Kirmes**  
Treff aller Dirndl und Seppel  
Abwechselnd spielen 2 Kapellen  
**Rutschbahn - Katakombenkeller**

Heute! Sonntag, d. 8. Okt. Heute!  
**Konzert-Verein Zauckerode**  
**Konzert u. Ball**  
25 Mann Orchester

### Editer Hanewacker

Bettfedern-Reinigung mit elektr. Betrieb (hygienisch)  
**Marie Steiner**  
Meißen, Dörfchenweg 2

**Julius Arnold**  
Freital-Pöschappel  
Untere Dresdner Straße 94  
Fernruf 537

Leder  
Felle  
Därme  
Gewürze

**Puppenwagen**  
Ausführung und Farben neu  
Besichtigung und Anzahlung empfiehlt  
**O. Waither, Pirna, Schlossstr. 8**

**August Hoffmann**  
Ebersbach, oberer Stadteil  
**Lebensmittel**  
Rauchwaren  
Grünwaren

**Krankenpfleger**  
staatlich geprüft, zum baldigen Dienstantritt  
geüht. Bemerkt muß tedig sein. Bezahlung  
nach Gruppe IV des Tarifvertrags. Dienst-  
jährige Probedienstzeit. Bewerbungsverfuße  
bis 15. Oktober erbeien an den  
Nat der Stadt Freital

### Freitaler Lederhaus A. Schrauzer

Untere Dresdner Str. 64 (am Bahnhof)  
in Lederausschnitt / Schuhbedarfsartikel / in Offenhacher Lederwaren Rucksäcke / Reisekoffer / Gamaschen usw. / Einkauf von Fellen

Zum Vereinshaus, Meißen  
Morgen sowie jeden Sonn- und Festtag feiner öffentlicher BALL  
Hierzu laden ein Otto Richter und Frau  
Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Küche  
sowie alle  
Einzelmöbel  
solide Ausführung, billige  
Überholung  
**Möbel-hänge**  
Pirna, Lange Straße 17

Frischgerösteter  
**Perlkaffee**  
1/2 Pfund 65 Pt.  
reinschmeckend  
**Carl Bauch**  
Pirna, Reibbahnstr. 2

**Damen**  
Spülapparate,  
Spülkannen, Leibbinden,  
Schlische usw. mit  
1000  
**R. Freisleben Postplatz**  
Van alle auf Firmen

Grammophone  
in bester Ausführung  
empfehl  
auf Teilzahlung  
**A. Toblanke**  
Copitz, Hochstr. 15

Hart Weizen Grieß  
Kaiser Auszug Mehl  
T. BIENERT DRESDEN  
Hafentühle  
Kinder Weizen Grieß  
Haushalt Weizen Mehl

Ins Auge fallen der gute Sitz, die vorbildliche Verarbeitung, die hervorragenden Formen, die **außerordentlich**  
niedrig gestellten Preise unserer **Qualitätsmäntel u. Anzüge** die wir Ihnen in einer **Riesenauswahl** bieten

# Kirst & Bartsch • Zittau

Das Qualitätshaus für moderne Herren-, Knaben-, Sport-, Reise- u. Berufskleidung  
Innere Weberstraße 31  
Fernruf 3002/3003